

Dossier : für eine Weltordnung der Gerechtigkeit : Raum und Zeit lassen - eine Standortbestimmung unserer Politik gegenüber Osteuropa

Autor(en): **Schüle, Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Raum und Zeit lassen – eine Standortbestimmung unserer Politik gegenüber Osteuropa

«Überlasst uns uns selber, wir wollen die Welt nicht beherrschen, die Menschheit nicht erlösen. Reisst uns die Schwingen des Paradieses von den Schultern, verbrennt unsere goldenen Litzen. Mogelt auch nicht mehr zwischen uns, hört auf mit euren Versprechungen und eurem Terror. Und nehmt uns endlich die Uniform ab. Die Wahrheit ist klein.»

(Der Arbeiter Valentin Nanu in «Fenster zur Arbeiterklasse» des rumänischen Autors Norman Manea)

Eine ganz persönliche Rück-Schau

Vor bald zehn Jahren habe ich meine Arbeit als Europa-Sekretär beim HEKS aufgenommen und war von Anfang an vor allem für die Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Kirchen zuständig. Ich habe in diesen zehn Jahren viel gelernt – über mich, über mein Umfeld, über Europa. Wenn ich auf den folgenden Seiten über mögliche Perspektiven in Osteuropa nachdenke, so aufgrund meines Auftrages und der dabei gesammelten Erfahrungen. Das bedeutet eine Ausweitung des Themas einerseits: Ich werde mich auch mit der osteuropäischen Vergangenheit, mit meinen Einsichten usw. beschäftigen. Es heisst aber auch, dass ich keine allgemeine Übersicht beanspruche: Ich habe vor allem Kirchen und Christen kennengelernt, erst in den letzten Jahren auch Betriebe und soziale Institutionen.

Noch ein Stichwort zu meiner Biographie: Ich bin in meinem Studium der Theologie durch die *68er Bewegung* stark bewegt, wohl auch geprägt worden: Dritte-Welt-Arbeit, ein Studienaufenthalt in Indien, Mitglied in SPS und Gewerkschaft, was eben so dazugehört. Mein Entscheid, in die Osteuropa-Arbeit einzusteigen, hat darum bei manchen Freunden Verwunderung ausgelöst, auch Argwohn. Wer sich für Unterdrückte in Osteuropa, vorab für Christinnen und Christen dort, engagierte, geriet unverhofft in den Stallgeruch eines Kalten Kriegers. Man wusste ja damals so wenig über das wirkliche Leben in Osteuropa – auch ich, als ich mich für die Annahme dieser Herausforderung entschlossen hatte. In den folgenden Jahren lernte ich Kirchen und Menschen in Osteuropa kennen, immer besser –

und immer schwieriger ist es für mich geworden, zu reden und zu schreiben. Die Gründe:

Was sich in der Terminologie der europäischen Nachkriegsordnung als «*Osteuropa*» präsentierte, zeigte sich beim näheren Hinsehen als ein kompliziertes Geflecht von Völkern, Traditionen, Kulturen, Religionen, über die ich nur rudimentär Bescheid wusste. Mit der Entdeckung der politischen und gesellschaftlichen Vielfalt, ist mir dann aber deutlich geworden, dass der Sammelbegriff «*Osteuropa*» in sich ideologisch vom Kalten Krieg geprägt war. Der von unsern politischen Rechten verwendete Begriff «*Sowjetimperium*» war transparenter und richtiger.

Denn letztlich war bis vor wenigen Jahren die sowjetische Militärpräsenz das Gemeinsame, nicht gemeinsame Ideologien, Träume oder Kämpfe. Vielleicht war es darum so schwierig, über die militärische Präsenz der UdSSR in der DDR mit unsern Freundinnen und Freunden dort zu sprechen, sie galt gewissermassen als unabänderliches Schicksal. Wenn wir heute über eine Weltordnung der Gerechtigkeit nachdenken, so müssen wir berücksichtigen, dass die Völker Mittel- und Osteuropas sich eben aus einem imperialistischen System befreit haben. Sie wissen darum wohl besser als wir, was Imperialismus heisst.

Damit zu meiner bestimmendsten Erfahrung: Eine mit jedem Jahr zunehmende Ernüchterung, vorerst über den «*real existierenden Sozialismus*», immer mehr auch über den zugrunde liegenden Marxismus. Die scharfen KritikerInnen bekamen recht. Ich hatte neben offiziellen VertreterInnen des Apparates, bei denen mir immer unwohl

war, viele müde Menschen gefunden. Das Zitat des Arbeiters Nanu, das ich an den Anfang dieses Berichtes gesetzt habe, zeigt für mich die damalige Stimmung: Ein Mann der täglich auf die Leute des Sicherheitsdienstes wartet, ängstliche Blicke durch die Jalousien des Fensters richtet. Erst heute reden wir offen über solche Schäden nach 40 Jahren Sowjetherrschaft. Neben den Ermüdeten gab es die Dissidenten, Leute in und neben den Kirchen, die Widerstand geleistet hatten. Wer suchte zu ihnen Kontakt?

Stichworte zu einer Bilanz 1991

Sicher ist es heute viel zu früh, schon eine historisch gültige Bilanz zu ziehen. Zudem ist es ohnehin Sache der Betroffenen, ihre Situation zu verstehen und zu interpretieren; wir WesteuropäerInnen können bestenfalls versuchen, ein paar Stichworte zu formulieren. Lassen Sie mich dazu eine kleine Begegnung schildern:

Im kleinen Dorf Commandau in den südlichen Karpaten Rumäniens leben etwa 1000 EinwohnerInnen, fast alle HolzfällerInnen oder ArbeiterInnen in der Sägerei. Ich hatte diese reformierte Gemeinde vor Dezember 1989 besucht, immer halbheimlich. Erst 1990 kam dann auch ein *Besuch im Sägewerk*. Der Anblick war trostlos: Total verlotterte Maschinen, nackte Armut in den kleinen Hütten, vier tödliche Arbeitsunfälle allein 1989, weitere Statistiken fehlen. Im Gebirgsdorf, wie schon früher, der beissende Geruch zu früh verbrannten Holzes. Am niederschmetterndsten aber war die Sache mit dem Dampf: Als Modernisierungsschritt war vor einigen Jahren eine Dampferzeugungsanlage eingeführt worden; sie sollte dem Dorf Fernwärme liefern und ein kleines Kraftwerk antreiben. Die Fernwärme war unnütz, weil die ArbeiterInnen nach ihrer Schicht Holz heimnahmen und in ihren Kleinöfen verbrannten, also genügend Wärme hatten. Das Kraftwerk funktionierte nicht, weil nie alle Bestandteile geliefert worden waren. Dennoch wurde eingefeuert und Dampf erzeugt. Bei unserm Besuch hat sich das so gezeigt, dass alle Augenblicke irgendwo auf dem Sägereigelände eine Fontäne aus Dreck in die Luft spritzte, da wo der Dampf eben aus rostigen Rohren entweichen konnte.

Ich erzähle dieses Beispiel nicht, um mich über eine Gesellschaft und Wirtschaft, die versagt hat, lustig zu machen. Mir ist die Sägerei der Karpaten einfach zum *Symbol* geworden – für eine *Wirtschaftsbilanz*, die trotz grösster Anstrengungen der beteiligten Menschen katastrophal ausfällt. Darüber kann man heute viel lesen. Traurig ist, dass die vernichtenden Kommentare oft genug die Realitäten schildern. Ergänzen müsste man hier allerdings, dass weltweit immer der freie Markt, das Recht des Stärkeren bestimmend war, und die UdSSR hatte dies gerade durch ihr Konkurrenzdenken anerkannt.

Der Preis für diese misslichen Resultate war unverhältnismässig hoch: Im Karpantendorf war es die Luft, andernorts waren es die Gewässer, die Gesundheit der Menschen. *Das ökologische Desaster* ist zumindest nicht kleiner als bei uns, sicher aber offensichtlicher.

Das kleine erwähnte Beispiel aus den Karpaten weist in seiner Alltäglichkeit aber vor allem auf eine grosse *Erniedrigung und Entmündigung des Menschen*. Wie sollen ArbeiterInnen, die in diesem Sägewerk gearbeitet haben und noch arbeiten müssen, weil sie sonstwo keine Arbeit bekommen, ihre Würde finden? Ich gehe davon aus, dass es andernorts ähnlich war. Es könnte schwierig werden, Menschen in Ost- und Mitteleuropa überhaupt noch für Ziele, die ausserhalb des individuellen Überlebens liegen, zu gewinnen. Und es ist für mich ein tiefes Erlebnis, immer wieder, dass Freundinnen und Freunde in Mittel- und Osteuropa sich doch engagieren, dass sie 1989 die Strasse für sich entdeckt und den Herrschenden die Macht entrissen haben.

Politisch schien der «reale Sozialismus» lange Zeit eine Möglichkeit zu sein, wenigstens die bestehenden Konflikte in den Ländern und Regionen Mittel- und Osteuropas im Griff zu haben. Offenbar gelang dies nur oberflächlich, und manche Nationen müssen da anfangen, wo sie vor 70 Jahren, vor Krise, Faschismus und Marxismus waren. Der *Friede in Mittel- und Osteuropa* ist heute *brüchig* geworden, die Geschichte holt die Völker ein, in Jugoslawien und Rumänien beispielsweise die verheerende Siegerpolitik (Vertrag von Tria-

non) nach dem Ersten Weltkrieg, an der gewiss nicht der Sozialismus schuld war.

Das *Wertvakuum* in Mittel- und Osteuropa ist auch für einen mit Zürcher Verhältnissen Vertrauten bedrückend: Der Sozialismus hat sich nicht zynisch auf Machterhaltung beschränkt, er hat entscheidende Werte der Menschheit, gerade auch jene, die uns Religiös-Sozialen wichtig sind, für die Verfolgung seiner Ziele in Dienst genommen: Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität, Ökumene etc. Wie sollen wir nach diesen 40 Jahren ein Gespräch über solche, für den Fortbestand der Welt wichtigen Werte mit den Freundinnen und Freunden in Ost- und Mitteleuropa führen? Das waren doch «Anliegen», die von oben verordnet worden waren, durch Herrschende missbrauchte Stichworte, Ziele, Utopien.

Kein Wunder, dass sich heute in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern *Ersatzreligionen* breitmachen: amerikanische Sekten oder fundamentalistische Gemeinschaften auf der einen, blanker Nationalismus auf der andern Seite.

Natürlich können *Kirchen* und andere *Religionsgemeinschaften* sich jetzt frei entfalten, ihre Aufgaben wahrnehmen – eine Entwicklung übrigens, die sich schon in den letzten zehn Jahren abgezeichnet hat. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass gerade jene, die nach offizieller Doktrin hätten verschwinden sollen, nun zu einer Art Hoffnungsträger geworden sind. Werden die Kirchen aber in der Lage sein, all die Aufgaben, die anstehen, aufzunehmen? Welche Prioritäten werden sie setzen? Die Versuchung für Kirchen in Osteuropa, auf die «gute alte Zeit» zurückzugreifen, ist gross, obwohl die dreissiger Jahre den nationalistischen, teils dem Faschismus nahen Kirchen sicher alles andere als gut bekommen sind. Dennoch habe ich grosse Hoffnungen: Kirchen und Gemeinden in Mittel- und Osteuropa haben, gerade wegen der Erfahrungen in ihrem 40jährigen Gang durch die Wüste, viel Substanz in der Tiefe gewonnen. Sie haben oft den Menschen entdeckt, die Kraft der lebendigen Gemeinde. Es ist gut möglich, dass wir WesteuropäerInnen noch froh darum sein werden – dann, wenn auch unsere gesellschaftlichen Widersprüche sich überdeutlich verschärfen werden.

Unsere Legitimität, Fragen zu stellen

Die Bilanz von 70, resp. 40 Jahren «realem Sozialismus» fällt vernichtend aus, und sie wird von Monat zu Monat noch schlechter. (Dies sicher auch, weil nach dem Niedergang solche Schwächen hemmungslos ausgenützt werden). Darüber zu schreiben, ist für mich traurig, ich spüre eine innere Unruhe. Vielleicht habe ich darum auf die Frage, an der Jahresversammlung der Neuen Wege aus der Sicht meiner Erfahrungen in Osteuropa zu berichten, mit der Antwort gezögert. Ich möchte das erklären:

Ich habe den Eindruck, dass die Linke in Westeuropa die *Lage in Osteuropa falsch eingeschätzt* hat (trotz mahrender Worte etwa bei Leonhard Ragaz). Diese falsche Einschätzung beruhte nicht nur auf fehlerhaften Einsichten oder Erfahrungen, sondern war von Interessen geleitet. Weil wir uns als Linke für eine Entwicklung von Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, für Sozialismus, hatten wir uns nüchterne Analysen gerade jener Länder, in denen verbal nach dem Sozialismus gelebt wurde, versagt. Irgendwie waren wir auch beteiligt am Kalten Krieg, nur mit andern Vorzeichen. Sich für konkrete Nöte der Menschen in Osteuropa (Menschenrechte) einzusetzen, galt lange Zeit als suspekt.

Zwei Voraussetzungen sind m.E. zu erfüllen, damit die Linke in Westeuropa überhaupt das moralische Recht hat, zu Fragen in Mittel- und Osteuropa Stellung zu beziehen:

– Es braucht eine sorgfältige und *offene Analyse unseres damaligen Handelns und Redens* mit und über Osteuropa. Vor dem Eingestehen unserer damaligen Einäugigkeit werden wir keine tauglichen PartnerInnen sein.

– Zumindest für mich brauche ich eine Art *Trauerarbeit*: Der «reale Sozialismus» hat mir und uns den Traum von einer sozialistischen Zukunft vorerst einmal weggenommen.

Doch noch ein paar Gedanken zu einer möglichen Weltordnung

Die gegenwärtige *Weltwirtschaftsordnung* ist *ungerecht*; sie hilft den Reichen – uns –, reicher zu werden, und sie lässt zunehmend

mehr Menschen und Völker verelenden. Betroffen sind alle, es sei denn, sie könnten sich aus diesem Geschehen heraushalten. Die Einteilung der Welt in eine Erste, Zweite, Dritte und Vierte beruht auf dieser einfachen Ausgangslage. Mit der Auflösung von Mittel- und Osteuropa hat jetzt ein fast verzweifelter Kampf der betroffenen Völker und Staaten begonnen, um zur Ersten Welt zu gehören, nicht zu einer neuen Dritte-Welt-Region abzusacken.

Irgendwo im ehemaligen Ostblock wird dann diese *Grenze zwischen Erster und Dritter Welt* verlaufen. Diesseits der Grenze wird man holländischen Käse essen und italienischen Wein trinken können, und die Staaten werden mit der EG verbunden sein. Das Leben der Menschen, unter ihnen viele Arbeitslose, wird finanziell einigermaßen gesichert sein. Jenseits der Grenze wird es ärmere Länder geben, aus denen Flüchtlinge kommen, Rohstofflieferanten. Die Trennung wird vermutlich auch eine solche von politischen Systemen sein.

Wenn das eben Gesagte stimmt, dann bedeutet das, dass die *Dritte Welt* durch die Umwälzungen in Osteuropa plötzlich *viel näher* an uns herangerückt ist. Die albanischen Flüchtlinge in Süditalien sind ein Hinweis, auch Jugoslawien. Werden wir uns noch mehr abgrenzen, oder wird uns durch diese Nähe der Dritten Welt endlich ein Licht aufgehen? Im besten Fall könnten durch diese neue Situation Anstrengungen für eine neue Wirtschaftsordnung möglich werden. Im schlechteren – und wahrscheinlicheren – Fall werden wir nach bisherigen Mustern reagieren: Einbinden oder Abgrenzen.

Sicher ist, dass die mittel- und osteuropäischen Länder schwächere Partner in der Wirtschaft, nach klassischer Wirtschaftslehre die Verlierer sein werden. Da ändern übrigens die Umwälzungen von 1989/90 gar nicht viel. Die früheren Herrscher waren in manchen Belangen bequeme Partner unserer Wirtschaft: Zuverlässig in der Lieferung, dank der Unterdrückung der Gewerkschaften sehr preisgünstig, mit einer schon fast peinlich genauen Zahlungsmoral.

Ich befürchte, dass in den mittel- und osteuropäischen Staaten grosse *Sozialkonflikte* ausbrechen werden. Die Verarmung der Massen (man beachte den Hunger

etwa in Albanien), die Verachtung von Volksgruppen (Roma und Sinti), die Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen (Ethnien, Konfessionen), zusammen mit dem enormen wirtschaftlichen Anpassungsdruck müssen zu Spannungen führen.

Was könnte Solidarität heissen?

Das erkenntnis- und handlungsleitende Interesse ist verschiedentlich ausgedrückt worden: eine Weltordnung der Gerechtigkeit. Hier sind wir gefordert, und hier liegen auch Erfahrungen aus dem Engagement für die Anliegen der Länder der Dritten Welt vor. Sie lassen sich ohne Zögern auf die Situation in Mittel- und Osteuropa anwenden: Analyse wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten, Benennung der Interessen beim Zusammenspiel der wirtschaftlich Mächtigen hier und dort, Verzicht auf Kriegsgewinne (Waffenausfuhr), echte Anteilnahme und Interesse für die jeweiligen eigenen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Wege.

Wegen der Verwicklung der westeuropäischen Linken mit der Geschichte der letzten Jahrzehnte in Mittel- und Osteuropa werden wir aber zurückhaltend sein müssen, nicht aus taktischen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen: Die Menschen und Völker in Mittel- und Osteuropa brauchen weder linke noch rechte Umarmungen. Sie brauchen vor allem Raum und Zeit, um diese selbständigen Wege zu suchen. Dafür lohnt es sich, sich einzusetzen.

Franz Schüle